

Liebe Demonstrantinnen und Demonstranten,  
liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,  
liebe Hamburgerinnen und Hamburger!  
Ich danke im Namen des Hamburger Forums für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung für die Einladung, hier zu sprechen.

Wir demonstrieren heute aus Anlass des 60. Jahrestages der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948. Die Erfahrung der Unmenschlichkeit des Faschismus und des 2. Weltkrieges mit seinen verheerenden Zerstörungen und den Aber-Millionen Toten, mit Leid und Elend war den Überlebenden 1948 noch gegenwärtig. Die Erklärung der Menschenrechte entsprach ebenso diesen historischen Erfahrungen mit Faschismus und Krieg wie die schon 1945 beschlossene Charta der Vereinten Nationen mit ihrem völkerrechtlichen Verbot von Angriffskriegen.

Krieg und Menschenrecht sind unvereinbare Gegensätze! Deshalb gehören das Engagement für den Frieden und der Kampf für die Menschenrechte untrennbar zusammen!

Anfang der 90er Jahre, nach Auflösung des Warschauer Paktes, hofften die Menschen weltweit, dass mit dem Ende des kalten Krieges, der so „kalt“ ja gar nicht war, in vielen Stellvertreterkriegen wurde ziemlich real gekämpft, 1990 also hofften viele, einer Phase friedlicher Entwicklung entgegenzugehen. Das genaue Gegenteil ist eingetreten. Weltweit werden mehr und mehr Kriege geführt.

Das Töten im Krieg ist schon wieder so normal, dass darüber kaum noch berichtet wird. Wer erfährt schon von den 44 Kriegen und bewaffneten Konflikten weltweit? Was erfahren wir schon von dem, was Soldaten in Auslandseinsätzen so treiben? In den Medien wird nur dann berichtet, wenn spektakuläre Anschläge zu melden sind. Die Tatsache, dass wir in einer kriegsführenden Nation leben, mit 7.160 Soldaten im weltweiten Einsatz, wird nicht einmal mehr für erwähnenswert gehalten. Wer erfährt von dem täglichen Kampf von Flüchtlingen, von Kriegsflüchtlingen, die vergeblich versuchen, die militärisch außerordentlich gut bewachte Festung Europa zu erreichen? Wer erfährt von den zahlreichen Menschen, denen das Menschenrecht auf Asyl nach Artikel 14 der Menschenrechtserklärung hierzulande verweigert wird, die kriminalisiert, illegalisiert und mit Abschiebung bedroht werden?

Bundeswehr-Mandate werden nach Belieben verlängert, ausgeweitet und erhöht. Die Regierungsparteien versuchen sogar, die für sie unangenehme Auseinandersetzung um die Auslandseinsätze aus den Diskussionen im Wahlkampf herauszuhalten. Das Wahlvolk soll nicht darüber nachdenken. Das lassen wir nicht zu! Wir werden mit unseren Aktionen und Protesten nicht nachlassen.

Die weltweiten Kriege werden nicht mit Pfeil und Bogen geführt, sondern mit Pistolen, Gewehren und mit Hightech-Waffen, auch aus deutschen Fabriken. Der Anteil der deutschen Industrie am weltweiten Rüstungsexport beträgt 10%. Deutschland steht damit nach USA

und Russland an dritter Stelle in der Welt und ist damit führend in der EU. Während durch die Wirtschaftskrise weltweit Millionen von Menschen in Hunger und Elend getrieben werden, boomt die Rüstungsindustrie nach wie vor.

Immer wieder werden die Menschenrechte zur Begründung von völkerrechtswidrigen Kriegen instrumentalisiert. So wird behauptet, der Afghanistankrieg diene der Frauenbefreiung und der Überfall auf Jugoslawien sollte eine humanitäre Katastrophe verhindern. Und immer wieder messen die Regierenden bei den Menschenrechten mit zweierlei Maß. Generös wird über Menschenrechtsverletzungen hinweggesehen, wenn gute Geschäfte erwartet werden. Das war zwischen 1995 und 2001 mit den Taliban in Afghanistan so und ist seit langem mit Saudi Arabien genauso, und weder Abu Graib noch Guantanamo belasten das gute Verhältnis zur Vormacht des Westens.

Die Verkündung der Menschenrechte jährt sich zum 60. Mal. In vier Monaten, im April, jährt sich auch die NATO-Gründung zum 60. Mal. Die NATO ist ein wachsendes Hindernis für den Frieden in der Welt. Sie steht für völkerrechtswidrige Kriege, Verschleuderung von Ressourcen, Sozialabbau und steigende Rüstungsetats. Sie steht für eine aggressive Ideologie der Feindbilder und die Einschränkung von Freiheitsrechten.

Die NATO-Staaten verantworten rund 75% der weltweiten Rüstungsexporte und geben jährlich ca. 900 Mrd. Euro für Rüstung aus. Nur 10 Prozent davon würden ausreichen, um die Armut auf der Welt zu halbieren. Bewusst werden diese immensen Rüstungsausgaben in immer neue Waffensysteme und Rüstung gesteckt, um die westliche Vorherrschaft in der Welt zu sichern. Wir sagen dagegen: *60 Jahre NATO sind 60 Jahre zu viel.* Wir fordern:

- Schluss mit den Auslandseinsätzen!
- Bundeswehr raus aus Afghanistan!
- Keine Militarisierung im Innern!
- Abrüstung statt Sozialabbau!
- Wiederherstellung des Rechts auf Asyl!
- Bleiberecht für alle Flüchtlinge!
- Keine Abschiebung von Flüchtlingen aus Kriegsgebieten wie Irak und Afghanistan!
- Für Frieden und Gerechtigkeit!
- Kriege beenden!

Und selbstverständlich auch:

- Freiheit für Mumia Abu Jamal!